

Dezember 2020

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Maßnahmen des Teil-Lockdowns: weiterhin für die Hälfte angemessen	2
Lockerungen von Kontaktbeschränkungen: eher zu Weihnachten als zu Silvester	3
Sorge um Engpass bei medizinischer Versorgung so hoch wie im Frühjahr	4
Sorge vor staatlicher Überschuldung.....	5
Arbeit der Bundesregierung: Zufriedenheit geht zurück.....	7
Politikerzufriedenheit: Rückgang bei Regierungsspitzen.....	8
Sonntagsfrage: stabile bundespolitische Stimmung	10
EU-Haushalt: Rechtsstaatsprinzip richtig, Verhandlung von Corona-Hilfen im Zweifelsfall ohne Ungarn und Polen	12
Ein Jahr EU-Kommissionspräsidentschaft: Kritik an von der Leyen überwiegt	13
Studieninformation.....	14

Zusammenfassung

Die Corona-Pandemie bestimmt nach wie vor die politische Agenda von Bund und Ländern. Den seit einem Monat geltenden und bereits verlängerten Teil-Lockdown betrachtet weiterhin etwas mehr als die Hälfte der Bundesbürger als angemessen. Für ein gutes Viertel gehen die Maßnahmen zu weit. Ein Sechstel der Deutschen spricht sich für härtere Auflagen aus. Mit Monatsbeginn sind nochmals schärfere Kontaktbeschränkungen in Kraft getreten, die allerdings zu den Feiertagen vorübergehend wieder gelockert werden können. Eine Lockerung von Kontaktbeschränkungen unterstützen die Deutschen am ehesten für das Weihnachtsfest: Etwas mehr als die Hälfte bezeichnet Erleichterungen während der Weihnachtsfeiertage als richtig, während gelockerte Kontakteinschränkungen zu Silvester bundesweit nur 30 Prozent überzeugen. Dass man selbst oder die Familie mit Corona angesteckt werden könnte, bereitet weiterhin etwa vier von zehn Deutschen Sorge. Dies sind trotz deutlich höherer Infektionszahlen nach wie vor weniger als zur ersten Pandemie-welle. Dagegen ist die Angst, bei einer Erkrankung ggf. nicht angemessen medizinisch versorgt zu werden, mittlerweile wieder ähnlich hoch wie im Frühjahr.

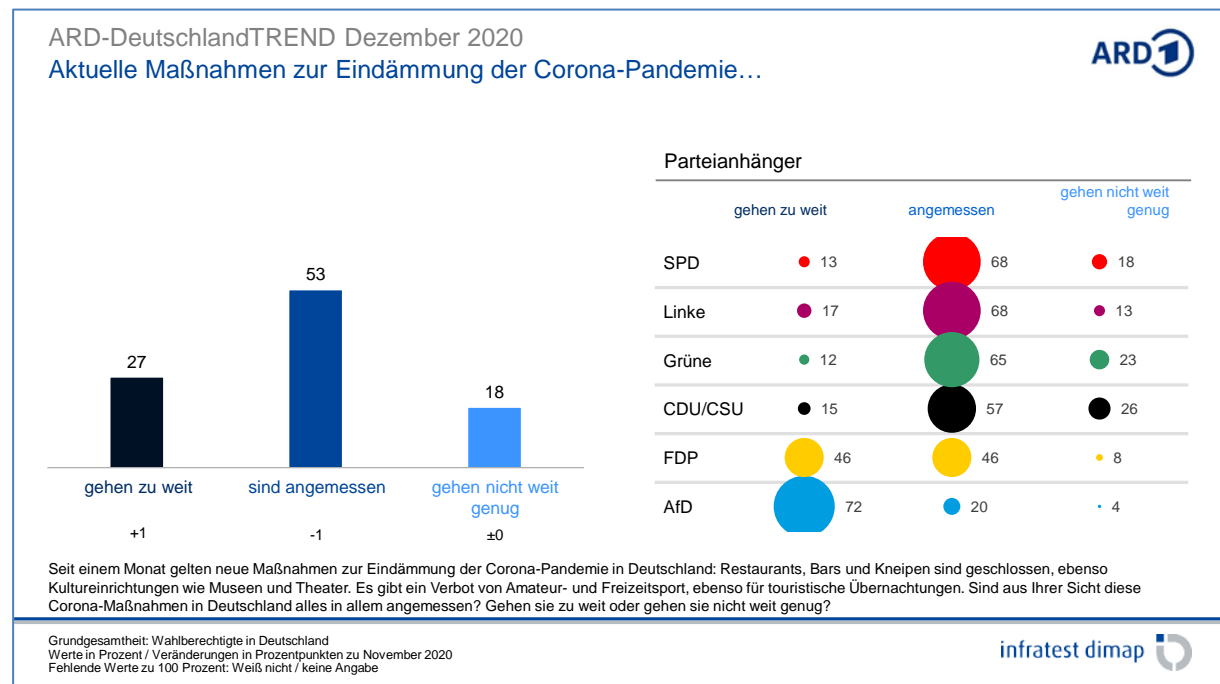
Mit dem neuerlichen Teil-Lockdown treten wieder vermehrt Fragen der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen der Pandemie in den Vordergrund. Jeder vierte Bundesbürger sorgt sich, dass sich wegen Corona die eigene wirtschaftliche Lage verschlechtern könnte, darunter überdurchschnittlich viele junge Bundesbürger sowie Geringverdiener. Die Zahl der um die eigene Lebenssituation Besorgten ist damit derzeit allerdings nicht höher als vor Beginn der zweiten Corona-Welle. Ein Grund hierfür: das staatliche Krisenmanagement. Ausmaß und Umfang der öffentlichen Rettungspakete treiben allerdings mittlerweile die Sorgen um die Staatsfinanzen: Fast zwei Drittel fürchten, dass sich Deutschland wegen Corona zu stark verschulden könnte. Ähnlich groß ist die Sorge um ein verschlechtertes gesellschaftliches Miteinander. Ängste vor einer längerfristigen Einschränkung von Freiheitsrechten teilen nach wie vor vier von zehn Deutschen.

Das Ansehen der Bundesregierung geht zum Jahresende zurück, bewegt sich aber weiterhin auf hohem Niveau: Aktuell äußern sich 62 Prozent der Bundesbürger zufrieden zur Arbeit der Koalition. Parallel zur Regierungszufriedenheit geht auch die Zustimmung für die Berliner Regierungsspitzen zurück. Trotz ihrer Verluste liegen sie, angeführt von der Kanzlerin, im Bevölkerungsurteil aber nach wie vor klar vor den Vertretern der Opposition. Wer statt Angela Merkel die CDU/CSU im kommenden Jahr in den Bundestagswahlkampf führen wird, ist bislang offen. Ambitionen auf die Unions-Kanzlerkandidatur hegt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, werden nach wie vor aber auch dem bayerischen Regierungschef nachgesagt. Ein dreiviertel Jahr vor der Bundestagswahl reichen beide nicht an die Popularität der CDU-Kanzlerin heran. Allerdings schneidet Markus Söder im Urteil der Bundesbürger wie der Union-Anhänger vergleichsweise besser ab als Armin Laschet.

Die personelle Aufstellung der Union ist nur eine der Unbekannten zur Bundestagswahl im Herbst 2021. Zumindest unter den aktuellen Gegebenheiten würde weiterhin die CDU/CSU als stärkste Kraft aus einem Urnengang hervorgehen. Die Union käme wie im Vormonat auf 36 Prozent. Der Koalitionspartner SPD käme unverändert auf 15 Prozent. Leichte Zugewinne betreffen die Grünen, die um 1 Punkt auf 21 Prozent zulegen. Die AfD könnte wie Anfang November mit 10 Prozent rechnen. Linke und FDP kämen auf 7 bzw. 6 Prozent. Alle anderen Parteien würden zusammen 5 Prozent (-1) erzielen.

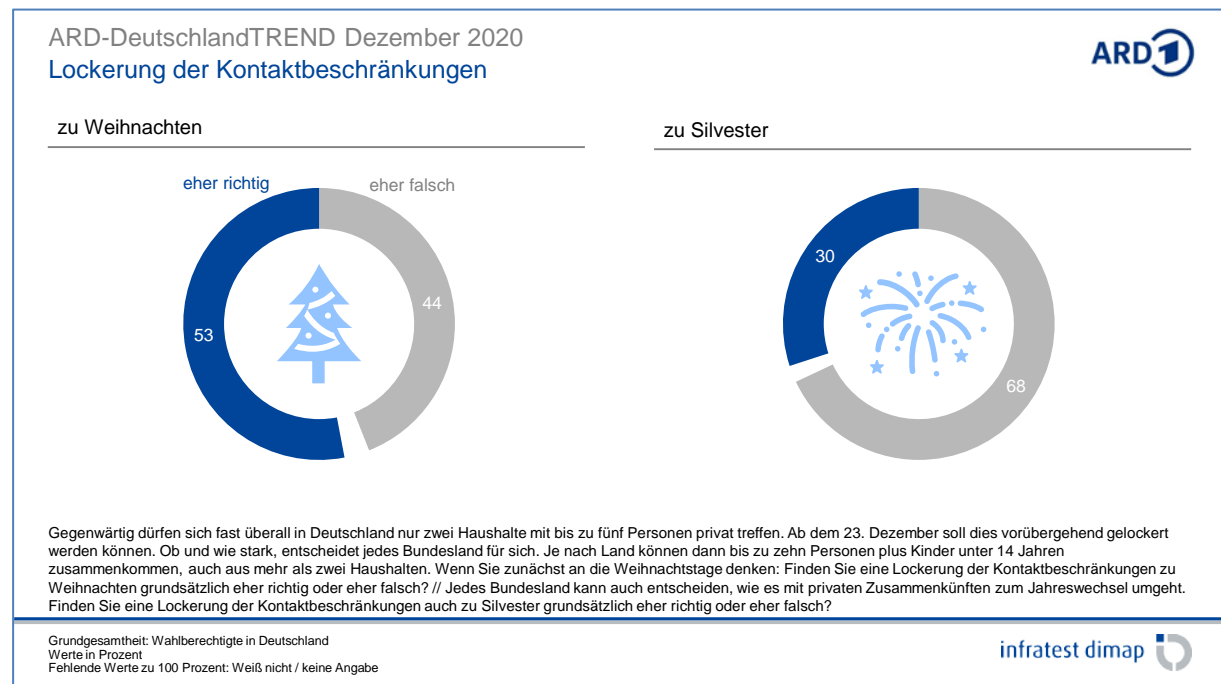
Maßnahmen des Teil-Lockdowns: weiterhin für die Hälfte angemessen

Die Corona-Pandemie bestimmt nach wie vor den Politikbetrieb von Bund und Ländern. Den seit einem Monat geltenden und bereits verlängerten Teil-Lockdown betrachtet wie im November etwas mehr als die Hälfte der Bundesbürger (53 Prozent; -1) als angemessen. Für ein gutes Viertel (27 Prozent; +1) gehen die Maßnahmen zu weit. Ein Sechstel der Deutschen (18 Prozent) spricht sich für härtere Auflagen aus. Unterstützer der bestehenden Alltagseinschränkungen finden sich in den Wählermilieus von SPD, Linken, Grünen und der Union. In den Reihen der FDP spricht etwa die Hälfte (46 Prozent) von zu weitgehenden Maßnahmen. Die AfD-Anhänger (72 Prozent) lehnen den Teil-Lockdown mehrheitlich als übertrieben ab.



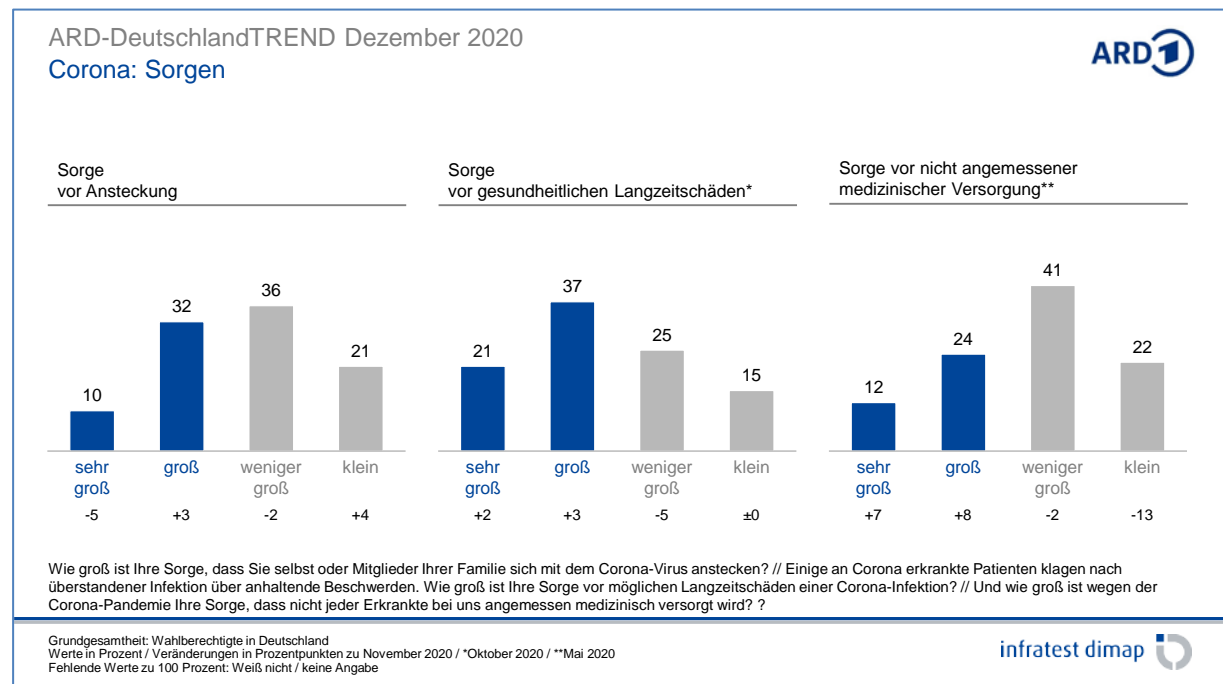
Lockerungen von Kontaktbeschränkungen: eher zu Weihnachten als zu Silvester

Mit Beginn des aktuellen Monats sind in Deutschland nochmals schärfere Kontaktbeschränkungen in Kraft getreten, die allerdings zu den Feiertagen Ende Dezember vorübergehend wieder gelockert werden können. Eine mögliche Lockerung unterstützen die Deutschen am ehesten für das Weihnachtsfest als für Silvester: Etwas mehr als die Hälfte (53 Prozent) findet Erleichterungen während der Weihnachtsfeiertage richtig, während gelockerte Kontakteinschränkungen zu Silvester bundesweit nur 30 Prozent überzeugen. Jüngere Bundesbürger bewerten Erleichterungen zu Weihnachten und zum Jahreswechsel grundsätzlich positiver als Ältere. Gelockerte Kontakteinschränkungen zu Silvester lehnen aber auch die unter 40-Jährigen (38:60 Prozent) mehrheitlich ab.



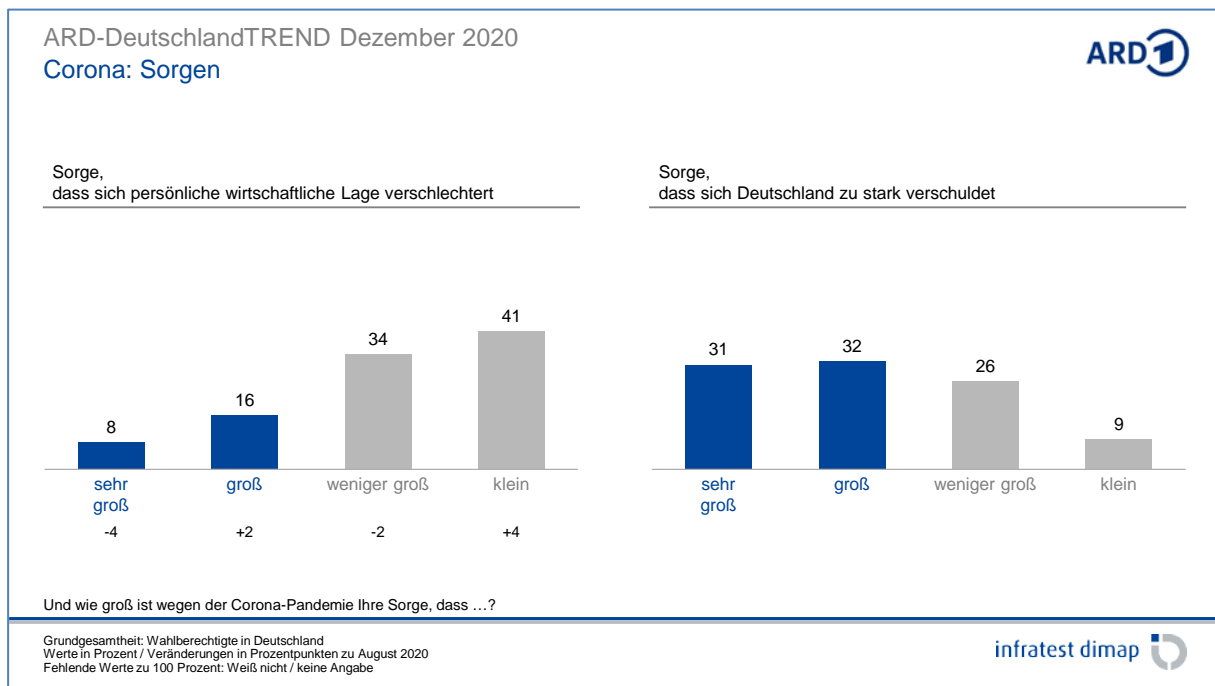
Sorge um Engpass bei medizinischer Versorgung so hoch wie im Frühjahr

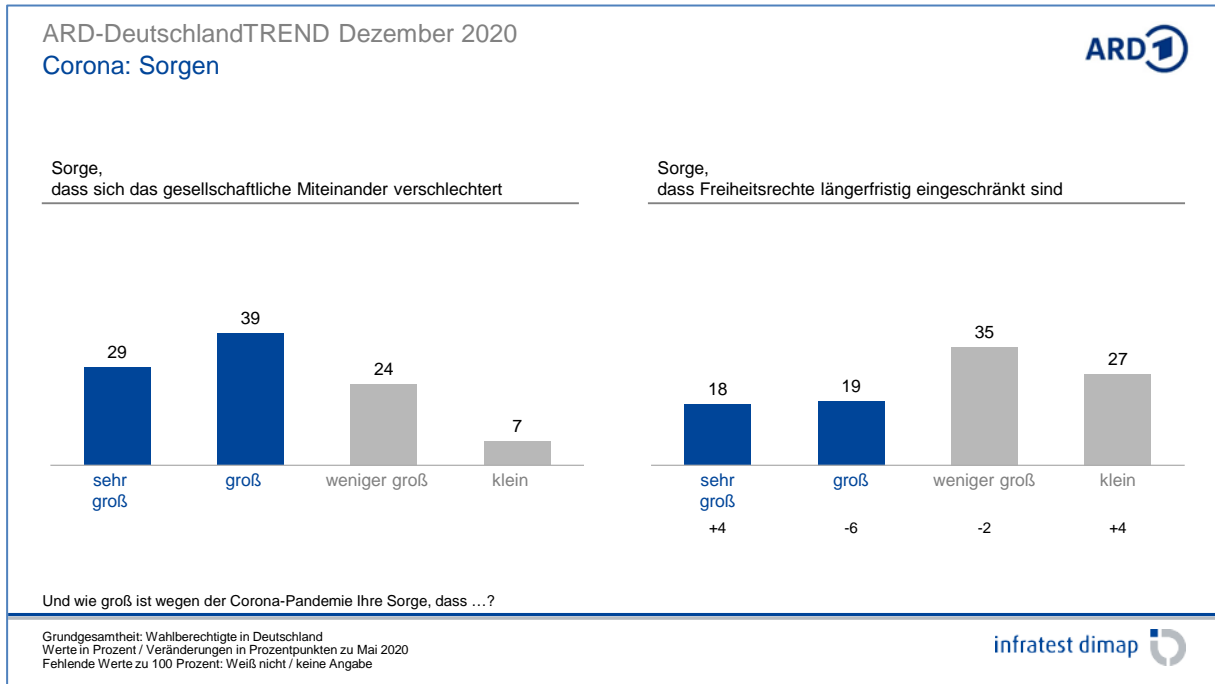
Dass man selbst oder die Familie mit Corona angesteckt werden könnte, bereitet weiterhin gut vier von zehn Deutschen Sorgen (42 Prozent; -2 zum Vormonat). Dies sind trotz deutlich höherer Infektionszahlen nach wie vor weniger als in der ersten Corona-Welle (März: 55 Prozent). Dagegen ist die Angst vor Engpässen in der medizinischen Versorgung mittlerweile wieder etwa ähnlich hoch wie im Frühjahr: Aktuell sind 36 Prozent in Sorge, bei einer Corona-Erkrankung ggf. nicht angemessen medizinisch versorgt zu werden (April 37 Prozent). Größer als die Angst vor einer Infektion und Versorgungsengpässen ist mit 58 Prozent derzeit die Furcht vor möglichen gesundheitlichen Langzeitschäden einer Corona-Infektion. Entsprechende Sorgen sind gegenüber Oktober gewachsen.



Sorge vor staatlicher Überschuldung

Mit dem neuerlichen Teil-Lockdown treten wieder vermehrt Fragen der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen der Pandemie in den Vordergrund. Jeder vierte Bundesbürger (24 Prozent) ist besorgt, dass sich wegen Corona die eigene wirtschaftliche Lage verschlechtern könnte, darunter überdurchschnittlich viele jüngere Deutsche (32 Prozent) sowie Bundesbürger mit niedrigem Haushaltseinkommen (43 Prozent). Die Zahl der um die eigene Lebenssituation Besorgten ist derzeit allerdings nicht höher als vor Beginn der zweiten Corona-Welle (August: 26 Prozent). Ein Grund hierfür ist das staatliche Krisenmanagement. Ausmaß und Umfang der öffentlichen Rettungspakete treiben mittlerweile allerdings die Sorgen um die Staatsfinanzen: Fast zwei Drittel der Bundesbürger (63 Prozent) fürchten, dass sich Deutschland wegen Corona zu stark verschulden könnte. Entsprechende Sorgen bestehen vor allem in den Reihen von AfD (90 Prozent), Union (67 Prozent) und FDP (64 Prozent), überwiegen aber auch unter den SPD-Anhängern (54:43 Prozent). In der Anhängerschaft von Grünen (38:62 Prozent) und Linken (43:57 Prozent) sind sie weniger stark ausgeprägt.

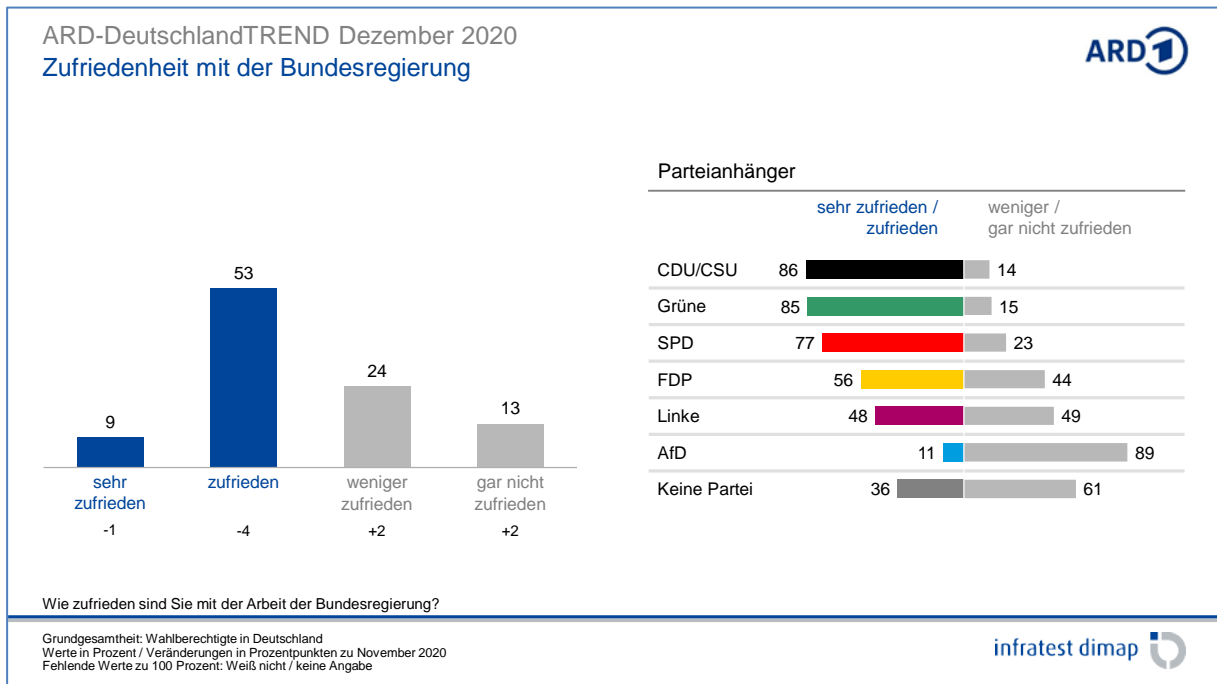




Ähnlich groß wie die Sorge um die öffentlichen Finanzen ist die Sorge um ein verschlechtertes gesellschaftliches Miteinander (68 Prozent). Ängste vor einer längerfristigen Einschränkung von Freiheitsrechten teilen nach wie vor etwa vier von zehn Deutschen (37 Prozent). Entsprechende Befürchtungen werden vor allem von Anhängern der AfD geäußert (81 Prozent), sind aber auch in den Reihen der FDP sichtbar (50 Prozent).

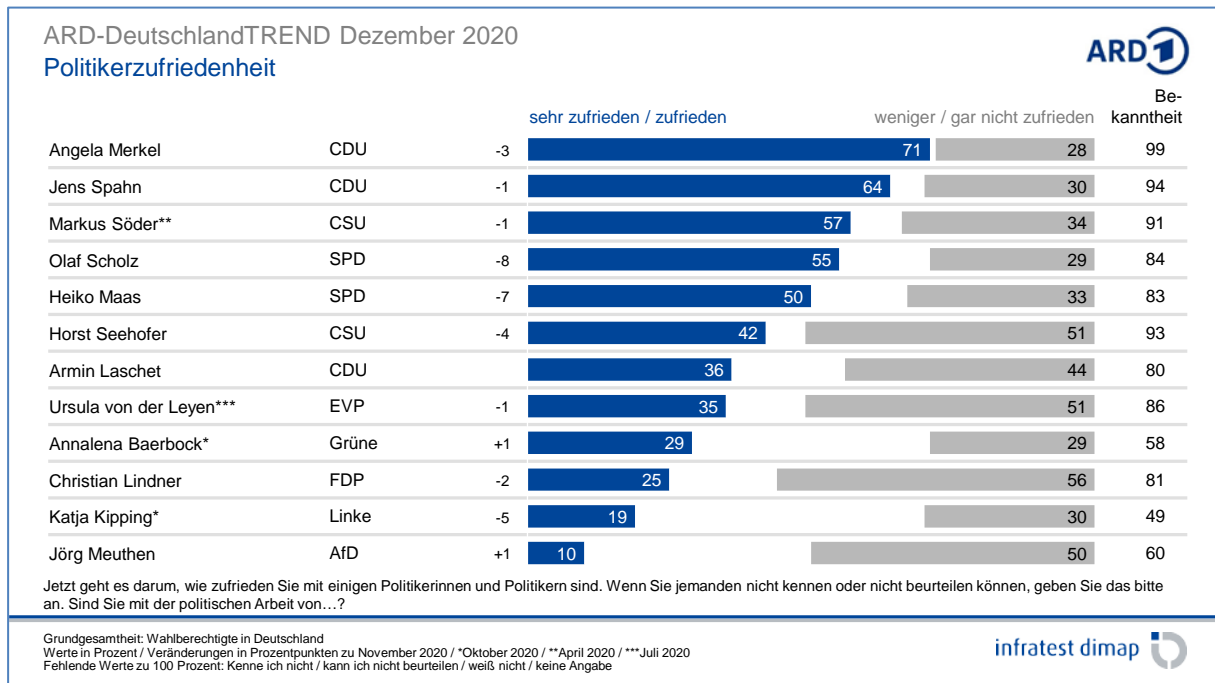
Arbeit der Bundesregierung: Zufriedenheit geht zurück

Das Ansehen der Bundesregierung geht zum Jahresende zurück, bewegt sich aber weiterhin auf überdurchschnittlich hohem Niveau: Nach 67 Prozent im Vormonat äußern sich aktuell 62 Prozent der Bundesbürger zufrieden zur Arbeit der schwarz-roten Koalition. Deutliche Zustimmung für die derzeitige Regierungsarbeit kommt von den Anhängern der Union (86 Prozent) und SPD (77 Prozent), aber auch aus den Reihen der Grünen (85 Prozent). Den Gegenpol hierzu bilden die AfD-Anhänger, die die Arbeit der Bundesregierung mehrheitlich kritisieren (89 Prozent).

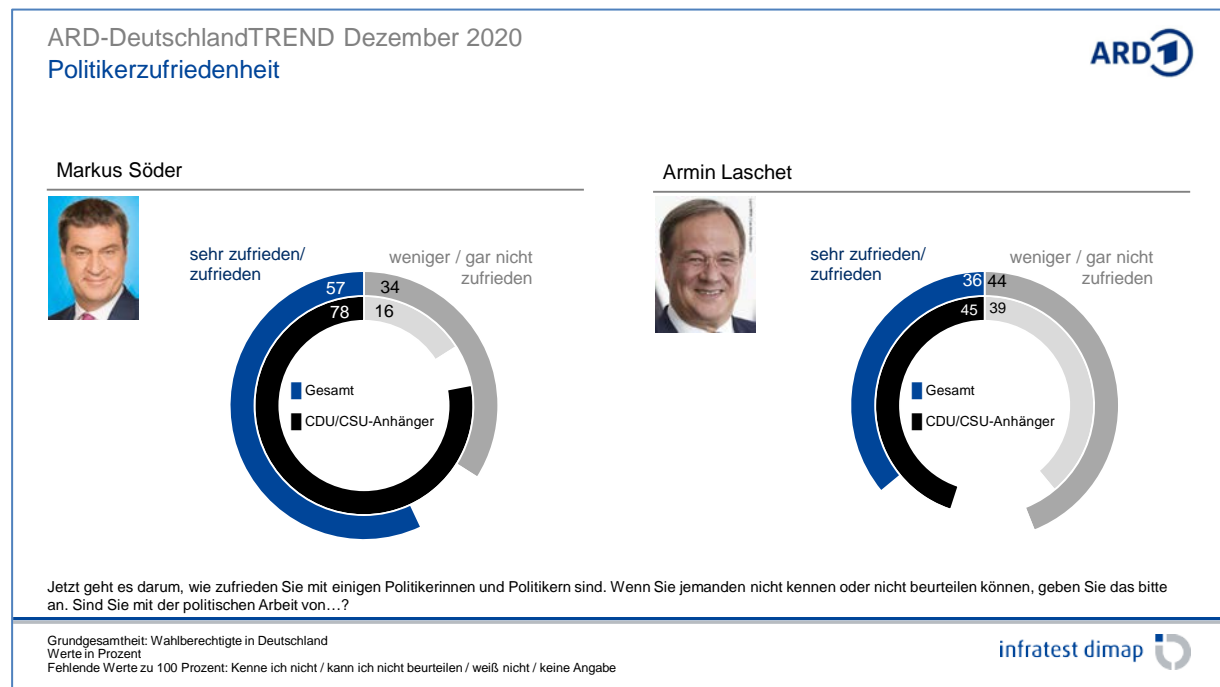


Politikerzufriedenheit: Rückgang bei Regierungsspitzen

Parallel zur Regierungszufriedenheit geht auch die Zustimmung für die Berliner Koalitionsspitzen zurück. Die Arbeit von Angela Merkel bewerten 71 Prozent positiv (-3 zum Vormonat). CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (64 Prozent; -1) gibt leicht ab, SPD-Finanzminister Olaf Scholz (55 Prozent; -8) und SPD-Außenminister Heiko Maas (50 Prozent; -7) verlieren deutlicher. Auch Innenminister Horst Seehofer (42 Prozent; -4) büßt gegenüber November an Zuspruch ein. Trotz ihrer Verluste liegen die Regierungsspitzen im Bevölkerungsurteil weiterhin klar vor den Vertretern der Opposition. Am vergleichsweise populärsten ist die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock mit 29 Prozent (+1 zu Oktober), gefolgt von FDP-Chef Christian Lindner (25 Prozent; -2). Noch-Linken-Chefin Katja Kipping erfährt derzeit einen Zuspruch von 19 Prozent (-5 zu Oktober). AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen landet mit 10 Prozent (+1) im ARD-DeutschlandTREND Dezember auf dem letzten Platz.

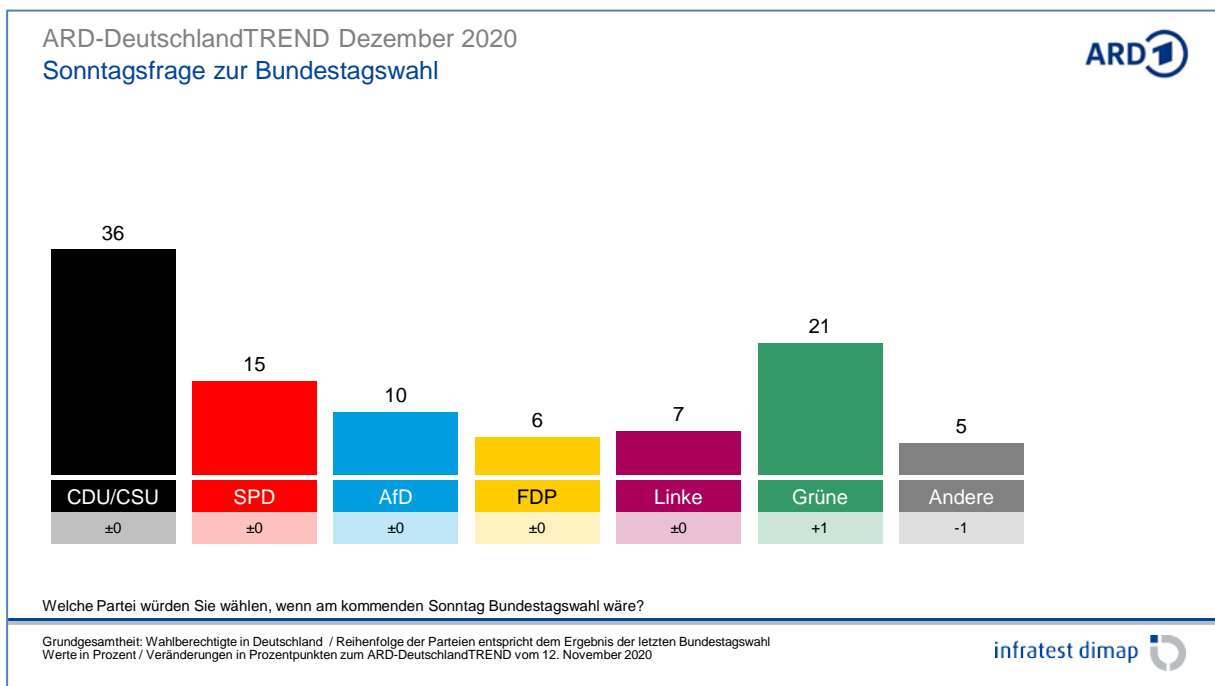


Wer statt Angela Merkel die CDU/CSU im kommenden Jahr in den Bundestagswahlkampf führen wird, ist bislang offen. Ambitionen auf die Unions-Kanzlerkandidatur hegt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, werden nach wie vor aber auch dem bayerischen Regierungschef nachgesagt. Ein dreiviertel Jahr vor der Bundestagswahl reichen beide nicht an die Popularität der CDU-Kanzlerin (71 Prozent) heran. Allerdings schneidet Markus Söder im Urteil der Bundesbürger vergleichsweise besser ab: Mit seiner Arbeit sind sechs von zehn (57 Prozent) zufrieden. Zu Armin Laschet äußert sich ein gutes Drittel (36 Prozent) wohlwollend. Zugleich erfährt der bayerische CSU-Politiker (78 Prozent) auch in den Reihen der Unions-Anhänger derzeit einen größeren Zuspruch als der CDU-Politiker aus Nordrhein-Westfalen (45 Prozent).



Sonntagsfrage: stabile bundespolitische Stimmung

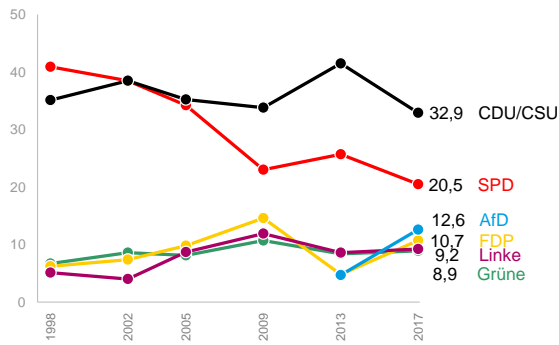
Die personelle Aufstellung der Union ist nur eine der Unbekannten zur Bundestagswahl im Herbst 2021. Zumindest unter den aktuellen Gegebenheiten würde weiterhin die CDU/CSU als stärkste Kraft aus einem Urnengang hervorgehen. Die Union käme wie im Vormonat auf 36 Prozent. Der Koalitionspartner SPD käme unverändert auf 15 Prozent. Leichte Zugewinne betreffen die Grünen, die um 1 Punkt auf 21 Prozent zulegen. Die AfD könnte wie Anfang November mit 10 Prozent rechnen. Linke und FDP kämen auf 7 bzw. 6 Prozent. Alle anderen Parteien würden zusammen 5 Prozent (-1) erzielen. Union und SPD hätten bei einem solchen Wahlgang weiterhin eine Mehrheit, um ihre Regierungsarbeit in Berlin fortzusetzen. Rechnerisch möglich aber wäre unverändert auch die Bildung einer schwarz-grünen Koalition.



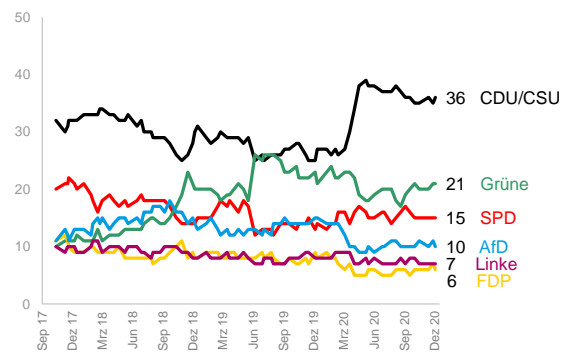
ARD-DeutschlandTREND Dezember 2020
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



aktuelle Umfrageergebnisse



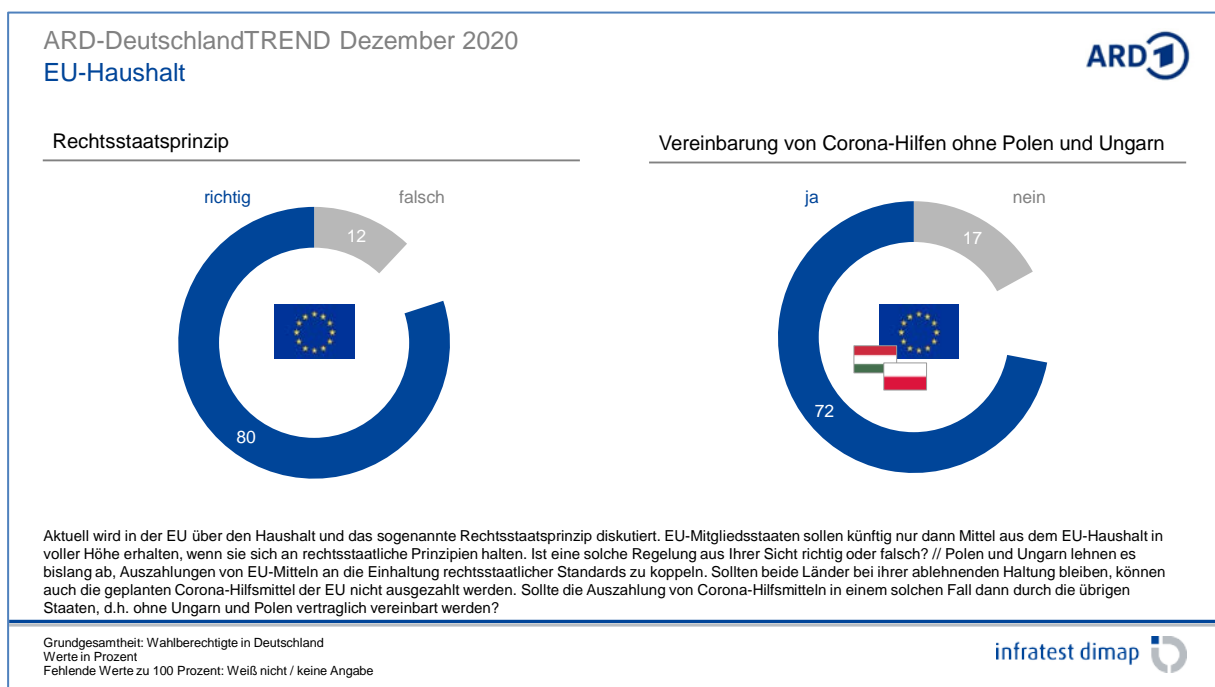
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

EU-Haushalt: Rechtsstaatsprinzip richtig, Verhandlung von Corona-Hilfen im Zweifelsfall ohne Ungarn und Polen

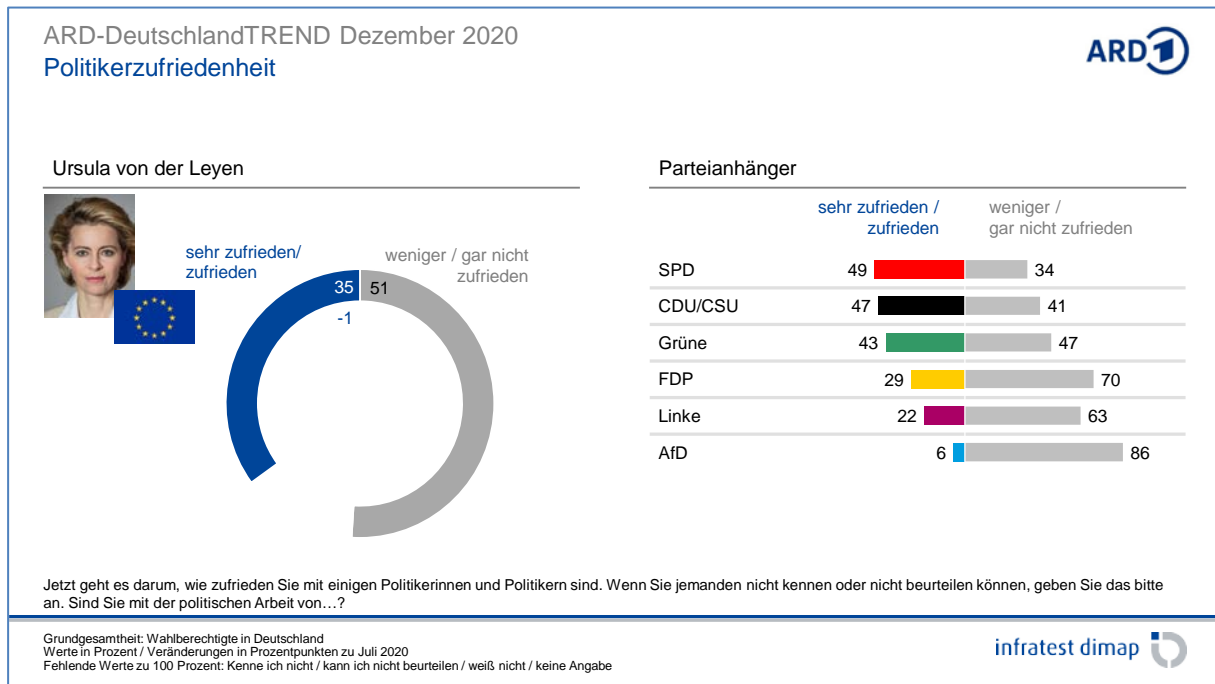
Ende des Jahres übergibt Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union turnusgemäß an Portugal. In den vergangenen sechs Monaten war Deutschland insbesondere bei der Verhandlung des nächsten EU-Haushalts einschließlich eines europäischen Corona-Hilfspakets gefordert. Mit dem so genannten Rechtsstaatsprinzip soll ein neues Strukturmerkmal Eingang in die EU-Haushaltspolitik finden. Danach wäre die Auszahlung von EU-Mitteln künftig an die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards gekoppelt. Ein solcher Mechanismus findet bei den Deutschen grundsätzlich Anerkennung: Acht von zehn Wahlberechtigten (80 Prozent) bezeichnen ihn als richtig. Abgesehen von den AfD-Anhängern wird er in keiner Wählerschaft ernsthaft in Zweifel gezogen.



Gegen die Verankerung eines Rechtsstaatsprinzips im EU-Haushalt haben Ungarn und Polen ihr Veto eingelegt, wodurch gleichzeitig die Auszahlung europäischer Corona-Hilfsmittel an die EU-Staaten blockiert ist. Für den Fall, dass beide Länder ihren Widerstand nicht aufgeben, plädiert die Mehrheit der Deutschen (72 Prozent) dafür, diese Auszahlungen ohne Ungarn und Polen zu vereinbaren.

Ein Jahr EU-Kommissionspräsidentschaft: Kritik an von der Leyen überwiegt

Die wegen der polnischen und ungarischen Haltung ins Stocken geratenen Verhandlungen zum neuen EU-Haushalt bilden eine harte Bewährungsprobe für die deutsche Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Bei den Bundesbürgern hat die Europapolitikerin nach einem Jahr im Amt keinen leichten Stand. Wie vor ihrem Brüsseler Amtsantritt stellt ihr ein gutes Drittel (35 Prozent) ein positives Zeugnis aus, während etwa die Hälfte (51 Prozent) Kritik übt.



ARD-DeutschlandTREND Dezember 2020

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.007 Befragte Sonntagsfrage: 1.507 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	30. November bis 01. Dezember 2020 Sonntagsfrage: 30. November bis 02. Dezember 2020	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3